

Wahlprüfsteine DPoIG 2012

Die DPoIG Schleswig-Holstein hat in den letzten Wochen bei den größten beziehungsweise chancenreichsten Parteien, die bei der Landtagswahl am 6. Mai 2012 antreten, Fragen mit polizeispezifischem Charakter eingereicht. Die bei der Redaktion eingegangenen Antworten möchte der Landesvorstand seinen Mitgliedern als Beitrag zur politischen Meinungsbildung und Hilfestellung bei der Wahlentscheidung hier gerne anbieten.

Die Antworten mussten von der Redaktion überwiegend gekürzt, zusammengefasst und auf die wesentlichen Inhalte beschränkt werden.

Die vollständigen und ungekürzten Antwortschreiben der Parteizentralen bieten wir dem interessierten Leser zum Download auf der Homepage des Landesverbandes der DPoIG Schleswig-Holstein (www.dpolg-sh.de) an!

1. Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte

Welche Position vertreten Sie im Bezug auf die besondere Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte? Halten Sie die in der letzten Legislaturperiode eingeführte Verlängerung auf 62 Jahre für vertretbar? Wäre aus Ihrer Sicht eine Rückführung der besonderen Altersgrenze bei 60 Jahren wie bei den Beamten der Berufsfeuerwehr denkbar? Planen Sie, die Berücksichtigung besonderer Erschwer-



Foto: Schleswig-Holsteinscher Landtag

nisse in der Berufsbiografie (zum Beispiel langjähriger Wechselschichtdienst) bei der Berechnung der Altersgrenze einzuführen?

Nur wenn es dienstlich möglich ist, kann auf Antrag eine Nachtdienstbefreiung ab dem 57. Lebensjahr genehmigt werden. Bei zunehmender Belastung und steigendem Altersdurchschnitt in der Mitarbeiterschaft der Landespolizei wird dieses zukünftig kaum noch möglich sein. Wie könnte Ihrer Meinung nach diese Problematik abgebildert werden?

2. Sonderzahlungen

Planen Sie, die Streichungen im Bereich der Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) und Zuwendungen (Jubiläumswendung) für Landesbeamte wieder zurückzunehmen, wie das der Bundesinnenminister kürzlich für die Bundesbeamten angekündigt hat?

3. Personalausstattung bei der Landespolizei

Welche Pläne haben Sie hinsichtlich der Personalausstattung der Landespolizei? Befristet ist die Polizei von allgemeinen Stellenstreichungen ausgenommen.

Halten Sie die Personalausstattung vor dem Hintergrund der Entwick-

lung der Gesellschaft und der aktuellen Einsatz- und Kriminalitätsschwerpunkte (Rockerkriminalität, Einbruchskriminalität, Computerkriminalität, Kinderpornografie und so weiter) für ausreichend?

4. Personalentwicklung in der Landespolizei

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, den Polizeiberuf auch zukünftig attraktiv und konkurrenzfähig zu halten? Planen Sie verbindliche Beförderungsmöglichkeiten, ein Laufbahnverlaufmodell oder die Einführung der zweigeteilten Laufbahn?

5. Rückzug der Polizei aus der Fläche

Welche Vorstellungen künftiger Polizeiorganisation haben Sie? Planen Sie die polizeiliche und bürgernahe Präsenz gerade in den ländlich strukturierten Gebieten aufrecht zu erhalten?

6. Gesundheitsfürsorge

Wie stehen Sie zu den Gesundheitssystemen der Heilfürsorge und Beihilfe? Setzen Sie sich für einen Erhalt ein oder planen Sie eine Überführung der Polizeivollzugsbeamten in die gesetzliche Krankenversicherung?

7. Kennzeichnungspflicht

Planen Sie eine Kennzeichnungspflicht für uniformierte Polizeibeamte? Wenn ja, in welcher Form (namentlich oder mit Individualnummer) und welche Maßnahmen planen Sie zum Schutz der Privatsphäre und Sicherheit von Polizeibeamten?

8. Reduzierung auf Kernaufgaben, Einsatz der Polizei bei kommerziellen Veranstaltungen

Welche Aufgaben sollte die Polizei nach Ihren Vorstellungen künftig nicht mehr oder nicht mehr in dem Umfang wahrnehmen? Planen Sie eine Kostenpflicht für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen?

9. Gewalt gegen Polizeibeamte

In den letzten Jahren ist eine stark steigende Gewaltbereitschaft und zunehmender Respektsverlust gegenüber den Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten wahrzunehmen. Welche Vorstellung haben Sie, diesen Phänomenen zu begegnen?

Thomas Nommensen

Die Antworten der einzelnen Fraktionen finden Sie auf den beiden folgenden Seiten!

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de
ISSN 0937-4841



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): Die CDU steht aus haushalterischen Gründen zur Anhebung der Altersgrenze für Polizeibeamte auf 62 Jahre. Die Inanspruchnahme von Verzicht auf Nachtdienst/Schichtdienst ab einem gewissen Alter sollte gestärkt werden.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Die Wiedereinführung von Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Jubiläumszuwendung ist aus Gründen des Landeshaushalts laut CDU derzeit nicht machbar. Bei Verbesserungen der finanziellen Spielräume hätte zudem die Personalausstattung der Landespolizei Vorrang vor Zahlung von den besagten „freiwilligen Leistungen“.

Frage 3 (Personalausstattung): Kürzungen sind im Polizeivollzugsbereich nicht vorgesehen. Eine Aufstockung des Personals in der Landespolizei ist laut CDU wünschenswert, jedoch derzeit nicht zu finanzieren.

Frage 4 (Personalentwicklung): Die CDU ist bestrebt, verlässliche Lebensperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten zu geben. Auf ein bestimmtes Modell sei man hierbei nicht festgelegt. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll verbessert werden.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Die CDU steht grundsätzlich für eine „Polizei vor Ort“. Dennoch könnten Organisationsänderungen erforderlich sein, um die Polizei zukunftsfähig zu halten und die Belastungen gerecht zu verteilen. Organisationsveränderungen unterliegen nach Meinung der CDU dem Ent-

scheidungsverbot der Politik und dürften nicht zu Karriereeinbußen führen.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Die CDU steht zum Berufsbeamtentum und seinen bewährten beamtenrechtlichen Vorzügen. Eine Überführung in die gesetzliche Krankenversicherung ist von Seiten der CDU nicht geplant.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Auch weiterhin wird die CDU gegen eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte „mit Klarnamen“ eintreten. Datenschutz müsse auch für Polizeibeamte gelten.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Laut CDU muss die Polizei sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Dazu gehörten jedoch auch weiterhin neben dem Schutz von Großveranstaltungen insbesondere die Prävention bei

Kindern und Jugendlichen. Eine Kostenpflicht bei kommerziellen Veranstaltungen wird in der CDU offen diskutiert. Es herrscht grundsätzlich Übereinstimmung, dass kommerzielle Veranstalter hier in einer besonderen Pflicht stehen würden.

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): Die vom Gesetzgeber umgesetzte Strafrechtsverschärfung bei Widerstandsdelikten wird von der CDU als wichtiger Baustein betrachtet. Weitere Maßnahmen müssten der Steigerung des Ansehens des Staates und seiner Beamten dienen. Die Beschaffung von ballistischen Schutzschilden, Professionalisierung des Einsatztrainings und Verbesserung der Fürsorge für von Gewalt betroffene Beamte seien weiterhin wichtige Maßnahmen.



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): DIE LINKE tritt für eine Rücknahme der Lebensarbeitszeitverlängerung bei Polizeibeamten ein.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Die Streichungen beziehungsweise Kürzungen von Sonderzahlungen und Zuwendungen sind für DIE LINKE inakzeptabel. Kürzungen „auf dem Rücken der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes“ seien mit der Partei DIE LINKE nicht zu machen.

Frage 3 (Personalausstattung): DIE LINKE lehnt Kürzungen im Personalkörper bei der Polizei ab.

Frage 4 (Personalentwicklung): Nach Auffassung der Partei DIE LINKE erzeugt ein Beförderungsstau Motivationsprobleme, welchen unter anderem mit einem Laufbahnverlaufsmodell mit rechtssicherer Leistungskomponente begegnet werden müsse.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): DIE LINKE spricht sich ausdrücklich gegen einen Rückzug der Polizei aus der Fläche und „Zusammenlegungen von Polizeidi-

reaktionen sowie Polizeibezirksrevieren mit Polizeiautobahnrevieren“ aus.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Nach Auffassung von DIE LINKE ist die Schaffung einer Bürgerversicherung auf Bundes- und Landesebene anzustreben. Diese hätte auch Beamte zu umfassen.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): DIE LINKE spricht sich ausdrücklich für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten aus. Die individuelle Kennzeichnung könne „zum Beispiel durch eine Nummernfolge“ geschehen.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Nach Meinung von DIE LINKE ist sowohl eine Privatisierung von Aufgaben im Bereich der öffentlichen Sicherheit als auch die Einführung einer Kostenpflicht für Polizeieinsätze nicht akzeptabel.

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): DIE LINKE setzt darauf, dass eine Politik der Chancengleichheit und Solidarität die beste Gewaltprävention wäre. Kurzfristige Lösungen wären demnach lediglich Fort- und Weiterbildungen von Polizeibeamten (zum Beispiel im Bereich Deeskalationsstrategien).



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): DIE GRÜNEN versprechen ausdrücklich keine Rückführung der Altersgrenze auf 60 Jahre. Sie setzen sich aber für Lebensarbeitszeitkonten für bessere Möglichkeiten zur Berücksichtigung des individuellen Berufsweges ein. Weiterhin müssten Polizeibeamte/-innen auch freiwillig länger arbeiten dürfen.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Eine Wiedereinführung der Sonderzahlungen und Zuwendungen wird von den GRÜNEN aus Gründen der schwierigen Haushaltssituation des Landes nicht zugesagt. Die Priorität bei denkbaren finanziellen Spielräumen liegt nach Aussage der GRÜNEN bei der Bildung.

Frage 3 (Personalausstattung): Vor dem Hintergrund einer „strategischen Lücke“ im Personalkörper wollen die

GRÜNEN kein Personal bei der Landespolizei abbauen. Allerdings geben sie auch kein Versprechen für zusätzliche Stellen.

Frage 4 (Personalentwicklung): DIE GRÜNEN wollen sich für eine „Flexibilität des Personalkörpers“ im Sinne von besserer Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen sowie auch zwischen Schutz- und Kriminalpolizei einsetzen. Zudem werden ein modernes Laufbahnrecht und eine faire sowie transparente Dienstpostenbewertung angestrebt.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Nach dem Willen der GRÜNEN soll es weiterhin eine breite Präsenz der Polizei in der Fläche geben. Ein Rückzug aus ländlichen Gebieten sei nicht angezeigt. Es sei vielmehr notwendig zu prüfen, ob „in Führungs- und Stabsstellen Koordinierungsstellen Raum für eine Durchlässigkeit von oben nach unten gegeben ist“.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): DIE GRÜNEN setzen sich für eine Bürgerversicherung für alle derzeit noch gesetzlich- und privatversicherten Menschen ein, in die auch Beamte mit einbezogen werden sollten.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Ausdrücklich setzen sich DIE GRÜNEN für die Einführung einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein. Dies sei erforderlich, um (zum Beispiel bei Demonstrationen) die „Anonymität auf beiden Seiten zu beenden/reduzieren“. Zudem hätte die Kennzeichnung von Polizeibeamten nach Auffassung der GRÜNEN eine „deeskalierende Wirkung“, die auch zu weniger Gewalttaten gegen Polizeibeamte führen würde. Eine Kennzeichnung mit Klarnamen müsste es dabei nicht zwingend geben. Zeichenkombinationen wären auch denkbar.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Eine Reduzierung von Aufgaben der Polizei könnte nach Meinung der

GRÜNEN zum Beispiel bei „leichten Verkehrsunfällen, bei der Verkehrsüberwachung sowie auch im Bereich der leichten Drogenkriminalität (Entkriminalisierung der Drogenkonsumumenten)“ stattfinden. Zudem sei eine Reduzierung der polizeilichen Präsenz bei Veranstaltungen denkbar. Die Beteiligung kommerzieller Veranstalter an Kosten der Polizei lassen DIE GRÜNEN nach eigener Aussage derzeit prüfen.

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): DIE GRÜNEN setzen auf einen gesellschaftspolitischen und sozialen Ansatz (Verbesserung von Integration, Schaffung von mehr Ausbildungsplätzen) zur Gewaltprävention. Ferner sei eine psychologische Nachsorge bei erlebter Gewalt für Polizeibeamte wichtig. Zudem seien nach Meinung der GRÜNEN die Erhöhung der Anzahl weiblicher Polizistinnen sowie Deeskalationstrainings gute Ansatzpunkte.



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): Eine Rücknahme der Lebensarbeitszeitverlängerung wird es nach dem Willen der FDP nicht geben. Die Nachtdienstbefreiung ab dem 57. Lebensjahr sollte sichergestellt werden.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Eine Rücknahme der Kürzungen und Streichungen von Sonderzahlungen und Zuwendungen wird es nach deren Bekundungen mit der FDP nicht geben. Jedoch müsse über eine Anpassung der Erschwerungszulagen nachgedacht werden.

Frage 3 (Personalausstattung): Die FDP sieht die derzeitige Personalaus-

stattung der Landespolizei als „noch ausreichend“ an. Es dürfe jedoch kein weiteres Personal abgebaut werden. Personal könne laut FDP unter Umständen durch „organisatorische Optimierungen der Dienststellenstruktur – ohne jedoch Organisationsveränderungen mit Rückzug aus der Fläche“ für operative Arbeit freigesetzt werden.

Frage 4 (Personalentwicklung): Die FDP will sich für verbindliche Beförderungsmöglichkeiten sowie Laufbahnverlaufsmodelle einsetzen. Die zweigeteilte Laufbahn sei zwar erstrebenswert, jedoch derzeit nicht finanzierbar.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Die FDP ist offen gegenüber schlüssig begründeten Optimierungen der Dienststellenstrukturen und Organisationsver-



änderungen – jedoch ohne Rückzug aus der Fläche.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Die FDP will sich für die Beibehaltung der Heilfürsorge und Beihilfe einsetzen. Denkbar wäre jedoch auch die Schaffung einer

Wahlmöglichkeit zwischen Heilfürsorge und gesetzlicher Krankenversicherung.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Die FDP lehnt jede Art von verpflichtender Kennzeichnung uniformierter Polizeibeamter ab.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Die Polizei müsse sich künftig vermehrt auf die polizeilichen Kernaufgaben Gefahrenabwehr und Strafverfolgung konzentrieren. Eine Kostenpflicht für kommerzielle Veranstaltungen lehnt die FDP hingegen strikt ab.

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): Die FDP will sich für einen größtmöglichen Schutz der Polizisten vor Gewalt unter anderem durch bessere Nachsorge bei Traumata einsetzen. Der bestehende Strafraum müsse von der Justiz ausgeschöpft werden. ■



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): Die PIRATENPARTEI ist grundsätzlich für eine frühere Pensionierung von Polizeibeamten sowie eine verstärkte Wahrnehmung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn bei von Schicht- und Nachtdienst belasteten älteren Beamten. Jedoch sei „in Zeiten leerer Kassen“ und den „negativen Auswirkungen des demographischen Wandels“ es schwer vermittelbar, dass man Beamte der Landespolizei anders behandeln würde als Bundespolizeibeamte, die auch erst mit 62 Jahren in den Ruhestand gehen würden.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Die Streichung der Sonderzahlungen und Zuwendungen wird von der PIRATENPARTEI kritisiert. Die Wiedereinführung bei Bundespolizeibeamten hingegen sei zu begrüßen. Auch hier hätte eine Gleichbehandlung (zu Gunsten der Landesbeamten) zu erfolgen.

Frage 3 (Personalausstattung): Nach Meinung der PIRATENPARTEI sei einer Erhöhung des Personalbestandes in der Landespolizei anzustreben. Allerdings müsse „man bis dahin in den Stäben und Leitungsfunktionen nachschauen, ob dort nicht Personal wieder zurück auf die Straße gebracht werden kann“.

Frage 4 (Personalentwicklung): Die PIRATENPARTEI setzt sich für einen Abbau des „Polizeioberkommissarbauchs“ ein. Die Landespolizei müsse sich insgesamt verstärkt der Konkurrenz der Privatwirtschaft im Hinblick auf den demographischen Wandel stellen. Daher sei der Polizeiberuf durch eine „gute Bezahlung“ attraktiv zu halten.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Nach Auffassung der PIRATENPARTEI sei eine „Polizei vor Ort“ wichtig für das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung aber auch für den „interaktiven Informationsaustausch zwischen Bürgern und ihrer Polizei“. Die „Polizei vor Ort“ sei effektiver als Videokameras oder andere technische Vorkehrungen.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Mit Blick auf die Gesundheitsfürsorge für Polizeibeamte gibt es bei der PIRATENPARTEI nach eigener Aussage noch keine abschließende Beschlusslage. Man sei aber offen für eine von Dienstherrn und seinen Beamten gemeinsam getragene Lösung.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Die PIRATENPARTEI steht grundsätzlich dazu, dass der Schutz persönlicher Daten auch Polizeibeamten zusteht. Sie spricht sich daher für eine Kennzeichnungspflicht aus, die nur bei „Veranstaltungen und Demonstrationen“ (nicht im „normalen Dienstbetrieb“) zu gelten habe. Die Kennzeichnung der Beamten habe nach Willen der PIRATENPARTEI aber nur mit Identifikationsnummern zu erfolgen, deren „Auflösung unter Richtervorbehalt zu stellen“ sei.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Eine Reduzierung von Aufgaben der Polizei ist nach Meinung der PIRATENPARTEI derzeit nicht vorstellbar. Vielmehr sei es anzustreben, dass die Poli-

zei durch Reduzierung von Einsatzzahlen entlastet werden könne. Daher sei die Politik gefordert, „eine Kultur herzustellen, in der die Polizei mit erheblich weniger Aufwand Recht und Ordnung“ schützen könne. Zudem sei eine Einhaltung der Führungsgrundsätze der PDV 100 sicherzustellen. Dieses könne unter anderem dadurch geschehen, dass von den Führungskräften „dem Innenminister reinen Wein eingeschenkt wird“ was die tatsächliche Einsatzbelastung betrifft. Die PIRATENPARTEI diskutiert ferner die Einführung eines „Polizeibeauftragten“ in den Parlamenten (analog zum Wehrbeauftragten des Bundestages).

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): Die PIRATENPARTEI lehnt Gewalt gegen Polizeibeamte ab und beobachtet entsprechende Statistiken mit Sorge. Zweifel allerdings bestünden dort hinsichtlich der Sinnhaftigkeit der Erhöhung von diesbezüglichen Strafnormen. Es sei Aufgabe der Politik, sich um die Ursachen der Gewaltbereitschaft zu kümmern und diese dann bestmöglich zu beseitigen. ■



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist für die SPD nicht zumutbar. Eine Berücksichtigung von Wechselschicht- und Nachtdienstzeiten in der Berufsbiografie sei mit Blick auf die Lebensarbeitszeit zu prüfen.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Die Kürzungen/Streichungen der Sonderzahlungen und Zuwendungen waren auch nach Ansicht der SPD notwendig, daher wurde dem so auch zugestimmt. Eine Rücknahme ist wünschenswert, aber derzeit nicht

finanzierbar. Die Priorität liegt darüber hinaus für die SPD bei Investition in Bildung.

Frage 3 (Personalausstattung): Die Personalsituation in der Landespolizei sei als problematisch zu bezeichnen. Eine Aufstockung des Personals kann von der SPD „nicht garantiert“ werden. Die Haltung des jetzigen Niveaus sei nach Meinung der SPD aber erforderlich.

Frage 4 (Personalentwicklung): Ein Versprechen von höherer Einstiegsbesoldung und besseren Aufstiegschancen gibt aus finanziellen Gründen die SPD nicht. Jedoch seien ein verlässliches Personalentwicklungskonzept sowie die Auflösung des Beförderungsstaus hingegen erforderlich.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Einen Rückzug aus der Fläche werde es mit der SPD nicht geben. Polizei vor Ort, auch im ländlichen Bereich, sei unverzichtbar.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Langfristig strebt die SPD eine Bürgerversicherung für alle (auch Beamte) an. Auf Landesebene wird es aber keine Sonderwege geben – daher: Vorerst Festhalten am bestehenden System bis zur bundeseinheitlichen Regelung.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Eine Kennzeichnungspflicht soll es nach dem Willen der SPD nur bei geschlossenen Einsätzen und dort auch nicht mit Namen, sondern mit numerischer Kennzeichnung geben.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Eine Reduzierung von Aufgaben sollte es nur in begründeten Einzelfällen (zum Beispiel Schwertransportbegleitung) geben. Einer Kostenpflicht für Polizeieinsätze will die SPD nur bei einer länderübergreifenden Regelung zustimmen können (keine Alleingänge in S+H).

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): Eine Stärkung der Präventionsarbeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sei erforderlich. Zudem sollte die Justiz den Strafraum bei Widerstandshandlungen ausschöpfen. Der vom Gesetzgeber bereits vollzogenen Neufassung des § 113 StGB (Erhöhung der Straffandrohung bei Widerstandshandlungen) steht man in der SPD hingegen skeptisch gegenüber. ■



Frage 1 (Lebensarbeitszeit): Der SSW ist für die Absenkung des Pensionseintrittsalters auf vorheriges Niveau. Dabei seien auch flexible Arbeitszeitmodelle zur Entlastung älterer Polizeibeamter sowie die Wechselschichtdienstzeiten in der Berufsbiografie zu berücksichtigen.

Frage 2 (Sonderzahlungen): Mit dem SSW wird es vorläufig keine Wiedereinführung der Sonderzahlungen und Zuwendungen geben. Dieses sei nur

bei einer Verbesserung der finanziellen Situation des Landes denkbar.

Frage 3 (Personalausstattung): Eine Aufstockung des Personalkörpers sei wegen der angespannten finanziellen Situation des Landes derzeit nicht möglich. Allerdings dürfe es auch keine Personalkürzungen geben.

Frage 4 (Personalentwicklung): Der SSW sieht die zweigeteilte Laufbahn grundsätzlich als wünschenswert an. Aber das sei momentan nicht finanzierbar. Eine Verbesserung der Aufstiegsmöglichkeiten sowie die Durchlässigkeit der Laufbahnen seien anzustreben.

Frage 5 (Rückzug aus der Fläche): Einen Rückzug aus der Fläche sowie die Schließung ländlicher Polizeistationen soll es nach dem Willen des SSW nicht geben.

Frage 6 (Gesundheitsfürsorge): Der SSW betrachtet das Heilfürsorge- und Beihilfesystem als nicht mehr zeitgemäß und setzt sich stattdessen für ein solidarisches und steuerfinanziertes Gesundheitswesen (Bürgerversicherung) ein.

Frage 7 (Kennzeichnungspflicht): Eine Trageempfehlung für Namensschilder sei nach Meinung des SSW angemessen. Verpflichtend sollte eine Kennzeichnung von Polizeikräften (mit Nummern!) nur bei geschlossenen Einsätzen sein.

Frage 8 (Kernaufgaben, Kostenpflicht): Bei kommerziellen Veranstaltungen sollte verstärkt auf private Sicherheitsunternehmen statt auf Polizeikräfte zurückgegriffen werden. Darüber hinaus sei eine Kostenpflicht für Polizeieinsätze bei kommerziellen Veranstaltungen nach Ansicht des SSW wünschenswert.

Frage 9 (Gewalt gegen Polizeibeamte): Eine Stärkung der Präventionsarbeit sei anzustreben. Darüber hinaus muss die Polizei über eine geeignete Ausstattung verfügen und vermehrt Schulungsangebote erhalten. Zudem sei eine funktionsfähige Strafverfolgung im Bereich Festnahmen und Beweissicherung anzustreben. ■



Qualifizierter Nachwuchs kommt nicht von allein!

„Polizei-Bewerber zu schlecht in Deutsch“ oder ähnlich verlautete es in diesen Tagen in den Überschriften nahezu aller Gazetten des Landes.

In den dazugehörigen Artikeln – die Werbe- und Einstellungsstelle der Landespolizei hatte ihr Zahlenwerk für das Jahr 2011 bekannt gegeben – wird einmal mehr eine bittere Wahrheit deutlich klar: Die Landespolizei wird kurzfristig massive Probleme mit der Nachwuchsgewinnung bekommen. Der Bedarf steigt sogar noch, weil ab 2014 zunehmend stark vertretene Jahrgänge in Pension gehen werden.

Die DPoIG weist bereits seit Jahren auf diese erkennbaren Tatsachen hin.

Wir brauchen gut qualifizierten Nachwuchs und dieser ist nicht zuletzt wegen der Konkurrenz der Wirtschaft mit zum Beispiel dualem Ausbildungssystem und deutlich besserer Vergütung rar. Nach so genannter Föderalismus-Reform kommt der Wettbewerb durch unterschiedliche Besoldung der verschiedenen öffentlichen Arbeitgeber erschwerend hinzu.

Die ernüchternden Fakten: Zwar bewarben sich immerhin noch 3 084 junge Mitbürger für den Polizeidienst in Schleswig-Holstein, 788 jedoch konnten gar nicht erst für den ersten Prüfungsteil zugelassen werden. Knapp zwei Drittel bestanden

die notwendigen gesundheitlichen Mindeststandards nicht; für weitere waren die Hürden bei Diktat oder Intelligenz- und Sporttests zu hoch. Dabei wurden zum Teil auch erschreckende Lücken in der politischen Bildung deutlich. Letztlich verblieben noch 258 geeignete Kandidaten, von denen 170 eingestellt wurden.

In der zwangsläufigen Konkurrenz um gut qualifizierte Menschen werden die üblichen veröffentlichten Plakatierungen „sicherer Arbeitsplatz“ und – vermeintliche – „Beamtenprivilegien“ auf Dauer nicht hinreichen, das Problem zu bewältigen. Angemessene Bezahlung

nach Vor- und Ausbildung sowie insbesondere Wert der Aufgaben, erträglichere Dienstzeiten und vieles mehr ist zu fordern – vor allem aber Verlässlichkeit „auf den Dienstherrn“ und „Vertragstreue“!

Ständig einseitige Entscheidungen gegen die Beschäftigten nach „Kassenlage“ und weiteres Auseinanderdriften der Vergütungen im Bund und in den Ländern wird kaum helfen. Polizeidienst in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist eine anspruchsvolle Arbeit, überall in Deutschland.

Jochen Einfeldt,
stellvertretender
Landesvorsitzender





Einladung
zu einer Podiumsdiskussion im „Colosseum“ Wilster
am Donnerstag, den 12.04.2012, um 19.00 Uhr

Zukunft der Landespolizei
Innere Sicherheit

→ In Steinburg und Dithmarschen noch gewährleistet? ←

Es diskutieren:

- Klaus Schlie (CDU) - Innenminister des Landes Schleswig-Holstein
- Wolfgang Kubicki - Fraktionsvorsitzender der FDP in Schleswig-Holstein
- Dr. Robert Habeck - Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen
- Stefan Bolln (SPD) - Landtagskandidat für den Kreis Steinburg
- Wolfgang Dudda - Landtagskandidat der Piratenpartei
- Lars Harms - Parlamentarischer Geschäftsführer des SSW
- Uli Schippels - Parlamentarischer Geschäftsführer Die Linke

mit Vertretern aus den Landesvorständen der Gewerkschaften:

- Stefan Nietz, Landesvorsitzender des Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)
- Torsten Gronau, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG)
- Andreas Kropius, Landesvorstandmitglied der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

Moderation: Carsten Rauterberg
(freier Journalist des NDR Studio Heide)

Wilfried Rutschmann (GdP-Regionalgruppe Steinburg-Dithmarschen) | Frank Hesse / Hauke Hanßen (DPoIG-Kreisverbände Steinburg / Dithmarschen) | Volker Belz (BDK-Regionalbezirk PD Itzehoe)

Am 28. April 2012 findet in Kiel, „Hotel Kieler Yacht Club“, das mittlerweile traditionelle „Fest mit der Polizei“ der DPoIG Schleswig-Holstein statt. Der Eintritt kostet 15 Euro (DPoIG-Mitglieder zahlen 10 Euro). Karten können unter Mail dpolg-sh@t-online.de sowie Telefon 0431.2109662 bestellt werden. Einlass ist ab 19.00 Uhr und Beginn um 20.00 Uhr.

FEST mit der Polizei

DPoIG DEUTSCHE POLIZEIGEWERKSCHAFT im dbb
LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Edwina De Pooter
One Woman Show

mit **Großer Tombola**

Zum Tanz spielt die Band **Just be You**




am Samstag, den 28. April 2012 in Kiel
im HOTEL KIELER YACHT CLUB

Hindenburgufer 70 · 24103 Kiel · Telefon: 04 31 / 88 13 - 0

Kartenvorverkauf: Deutsche Polizeigewerkschaft, Muhlusstr. 65 in Kiel,
Telefon 04 31 / 2 10 96 62, E-Mail: dpolg-sh@t-online.de, Internet: www.dpolg-sh.de